

Schweizer Städte: Auf der Suche nach dem richtigen Umgang mit Airbnb

Aus ECO vom 15.04.2019.

News > Wirtschaft >

Airbnb in der Schweiz

Segen auf dem Land – Fluch für die Stadt

Während der digitale Wohnungsvermittler auf dem Land kalte Betten wärmt, entzieht er den Schweizer Städten Wohnraum.

Manuela Siegert

Dienstag, 16.04.2019, 18:47 Uhr

4

Dieser Artikel wurde 1-mal geteilt.

Für 900'000 Übernachtungen hat Airbnb vergangenes Jahr in der Schweiz gesorgt. Mittlerweile erreichen die angebotenen Airbnb-Betten laut dem Walliser Tourismus-Observatorium ein Drittel des Hotelangebots.

Die Buchungsplattform aus dem Silicon Valley eröffnet Chancen in den ländlichen Gebieten der Schweiz. Gäste kommen in Ferienwohnungen, auf die sie sonst kaum gestossen wären.

Auf dem Hof von Andreas Leuenberger im Emmental tummeln sich seit einigen Jahren Inder oder Südkoreaner. Die Touristen erleben authentisches Hofleben, und Landwirte wie Andreas Leuenberger haben einen Zusatzverdienst.





03:24

Südkorea im Emmental: Wo die Airbnb-Rechnung aufgeht

Aus ECO vom 15.04.2019.

In den Schweizer Städten spielt Airbnb eine andere Rolle. Die dort inserierten Wohnungen machen der Hotellerie Konkurrenz. Und sie stehen der einheimischen Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung. In Städten, in denen Wohnungsnot herrscht und in denen die Mieten hoch sind, kann das zum Problem werden.

Der Umgang mit Airbnb ist indes sehr unterschiedlich. Drei Beispiele:

1. Zürich: Keine Regulierung

Die grösste Schweizer Stadt ist auch der Ort mit den meisten Übernachtungsgelegenheiten auf Airbnb. Mehr als 3000 Inserate gibt es in Zürich laut der Analysefirma Airdna. Dennoch hat die Stadt keine Einschränkungen eingeführt.

Urs Spinner vom Hochbaudepartement sagt: «Jede Regulierung, die man macht, braucht Kontrolle.» Und es ergebe keinen Sinn, dass man «Hunderte von Beamten einstellt, die dann etwas kontrollieren, das im Moment kein Problem ist.»



00:14

Urs Spinner, Zürich: «Es ist im Moment kein Problem.»

Aus ECO vom 15.04.2019.

Bisher beträgt der Airbnb-Anteil an allen Stadtzürcher Wohnungen unter 1.5 Prozent. Solange es nicht mindestens 10 Prozent sind, muss nach Urs Spinners Ansicht nicht eingegriffen werden.

2. Genf: Begrenzung auf 90 Tage pro Jahr

Genf zählt 2200 Airbnb-Angebote und hat damit im Verhältnis zur Stadtbevölkerung etwas dieselbe Airbnb-Dichte. Dennoch ist man deutlich besorgter als in Zürich.

Die Stadt hat die Tage, an denen eine Wohnung professionell auf Airbnb vermietet werden darf, auf 90 begrenzt.

Marie-Christine Dulon vom Wohnbaudepartement sagt: «In Genf herrscht Wohnungsnot. Wenn eine grosse Anzahl Wohnungen dem Markt entzogen werden, dann ist das ein Problem, da die Menschen dann nicht mehr an sie herankommen. Schon heute können nicht alle hier wohnen und müssen in die Waadt oder nach Frankreich ausweichen.»

Marie-Christine Dulon, Airbnb: «Wohnungen werden dem Markt entzog...»
ECO

00:39 / 00:39

Marie-Christine Dulon, Airbnb: «Wohnungen werden dem Markt entzogen.»

Aus ECO vom 15.04.2019.

Allerdings gibt sie zu, dass Kontrollen schwierig sind. Bisher verlässt sich Genf auf Hinweise aus der Bevölkerung. Man ist der Meinung, dass der Aufwand unverhältnismässig gross wäre, eigene Kontrolltruppe anzustellen.

Am liebsten sähe Marie-Christine Dulon, dass Airbnb die Limitierung technisch umsetzen würde: Nach 90 Tagen kann ein Objekt nicht mehr inseriert werden. Allerdings: «Die Gespräche mit Airbnb laufen seit zwei Jahren, aber bis jetzt haben sie noch zu keinem Erfolg geführt.»

Airbnb sagt auf Anfrage dazu, dass man mit Genf in einem «konstruktiven Austausch» sei. «Unsere Erfahrung aus anderen Ländern zeigt aber, dass für eine effektive Umsetzung der Regeln die Städte mit allen Übernachtungsplattformen zusammenarbeiten müssen.» Airbnb hat kein Interesse, sein Angebot freiwillig einzuschränken, wenn die Konkurrenz dann dieses Stück des Kuchens übernimmt.

Gleichwohl gibt es Beispiele, in denen Airbnb eine technische Sperre eingerichtet hat. Sprecherin Isabelle von Klot nennt London. Berichten zufolge hat auch Amsterdam diese Einigung erzielt.

3. Bern: Geplantes Verbot in der Altstadt

In der Hauptstadt gibt es mit 370 deutlich weniger Airbnb-Angebote als in Zürich oder Genf. Dennoch geht man dort den schweizweit radikalsten Weg. Bern will in der Altstadt professionell betriebene Airbnb-Wohnungen verbieten.

und Bewohnerinnen hätte, wäre es nicht mehr das lebendige Zentrum, das wir eigentlich alle wollen.»



Alec von Graffenried: «Die Altstadt muss lebendig bleiben.»

Aus ECO vom 15.04.2019.

Das Walliser Tourismusobservatorium hat sich mit seinen Untersuchungen zu Airbnb in der Schweiz einen Namen gemacht. Dessen Analyst Roland Schegg untersucht das Wachstum und den Einfluss von Airbnb.

Er stellt fest, dass sich etwas verändert hat: «Airbnb ist zwar aufgekommen als Sharing Economy, ich teile meine Wohnung ein bisschen, habe soziale Kontakte, aber heute ist es ein Business. Und ich denke, wenn es ein Business ist, muss man es auch als Business behandeln.»

Er hielte es für die beste Lösung, wenn es ein Register gäbe für alle Objekte von Airbnb, die vermietet werden. Das würde Regulierungen erleichtern, falls sie als nötig erachtet werden.

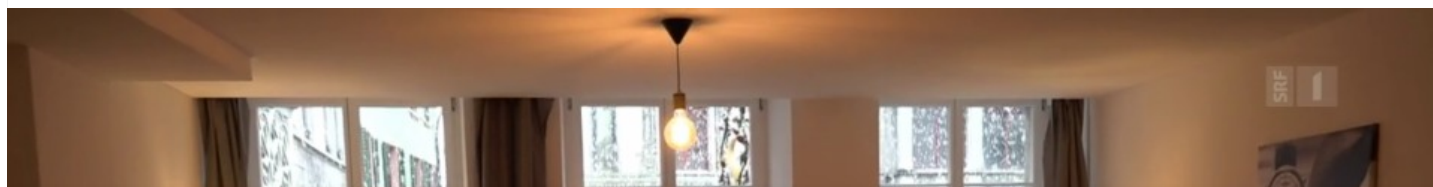
Roland Schegg kann nicht beziffern, ab wann Airbnb ein Problem in einer Stadt wird. «Das ist eine politische Sache, eine soziale Sache – dann, wenn es spürbar wird für die Bewohner einer Stadt.»

« Man sollte alle Parteien an einen Tisch bringen. »

Patrick Berisha
Airbnb-Unternehmer

Patrick Berisha hält ein Verbot, wie es in Bern geplant ist, für «komplett falsch». Er ist professioneller Airbnb-Vermieter und bietet in Luzern 35 Wohnungen an.

Der Unternehmer sagt: «Ein Verbot ist grundsätzlich immer eine Kapitulation vor der Technologie und ist in jeder Art und Weise komplett falsch. Was man machen müsste, ist, dass man einfach alle Parteien an einen Tisch bringt und gemeinsam eine Lösung sucht, damit alle davon profitieren.»





Patrick Berisha, Airbnb-Unternehmer: «Ein Verbot ist immer eine Kapitulation vor der Technologie.»

Aus ECO vom 15.04.2019.

Er zahle Kurtaxe, er zahle Steuern und sei somit ein Gewinn für die Stadt. Den Vorwurf, er entziehe Wohnraum, weist er von sich. Er nutze Wohnungen im Hochpreissegment, die lange leergestanden hätten. Er habe sie gemietet und Sorge dafür, dass die Besitzer wieder zu ihrer Rendite kämen.

Airbnb wächst in der Schweiz stark. Die Zahl professioneller Vermieter steigt. Ist das gut oder schlecht? Dass jede Stadt anders darauf reagiert, zeigt, dass diese Frage nicht so einfach zu beantworten ist.

Mehr zum Thema



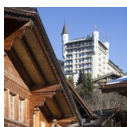
Aufstand gegen Airbnb

Reykjavik wehrt sich



Jeder fünfte aus dem Inland

Fast eine Million Gäste nutzen Schweizer Airbnb-Angebote



Kampf um Übernachtungen

Airbnb ist auch für Luxushotels eine Konkurrenz



Keine Lockerung

Strikte Regeln für Airbnb bleiben

[News >](#) [Wirtschaft >](#)

4 Kommentare

Kommentarfunktion deaktiviert

Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben. Deshalb ist das Kommentieren bei älteren Artikeln und Sendungen nicht mehr möglich.

[Alle Kommentare](#)

[Beliebteste](#)

Mein grund und boden und der wird zu dem preis und konditionen vermietet wie es mir passt!!!

Zustimmen (15) | Ablehnen (27)

Fabian Gut (MonsieurBon)

Mittwoch, 17. April 2019, 17:14 Uhr

Ich finde die Entwicklung auch aus Sicht Airbnb Nutzer nicht gut. Wenn ich ein Zimmer für mich alleine möchte und meine Ruhe will, dann buche ich mir ein Hotel. Wenn ich aber Lust habe, die lokale Kultur besser kennen zu lernen, dann buche ich ein Angebot wie das von Andreas Leuenberger auf AirBnb. Bei einem Host, der sich nicht zu schade ist zumindest ein paar Worte mit mir zu wechseln.

Zustimmen (20) | Ablehnen (3)

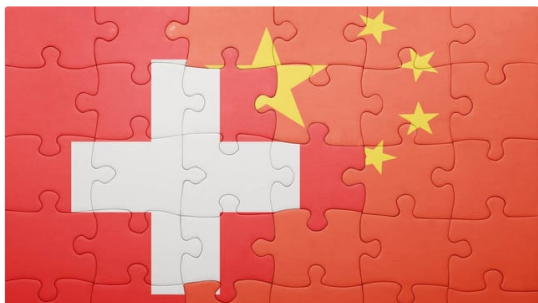
Stefan von Känel (Trottel der feinen Gesellschaft)

Mittwoch, 17. April 2019, 08:23 Uhr

Politiker...24/7 das hohe Lied auf den freien Markt singen, aber sobald mal etwas Markt herrscht wird sofort interveniert. Da hat man wohl ein offenes Ohr für die geplagte Hotellerie. Mir war indes nicht bewusst, dass ein Immobilienbesitzer gegenüber der Öffentlichkeit die Pflicht hat, für stabile Preise im Mietmarkt zu sorgen. Zu bestimmen wie jemand seine eigene Immobilie zu nutzen hat ist Privatsache und sicher nicht Aufgabe des Staates.

Zustimmen (34) | Ablehnen (40)

Wirtschaft



Schweizer Delegation in China
«Es ist nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen»



Auftrag aus Kanada
Stadler Rail kann für 80 Millionen Franken Züge liefern



25 Jahre WTO
Im Jubiläumsjahr vor dem Abgru

Suchen

Home

News

Sport

Meteo

Kultur



[Play SRF](#)

[Sendungen A-Z](#)

[Podcasts](#)

[TV-Programm](#)

[Radio-Programm](#)

[Radioseiten](#)

[Radio SRF 1](#)

[Radio SRF 2 Kultur](#)

[Radio SRF 3](#)

[Radio SRF 4 News](#)

[Radio SRF Musikwelle](#)

[Radio SRF Virus](#)

[Radio Swiss Classic](#)

[Radio Swiss Jazz](#)

[Radio Swiss Pop](#)

[Verkehr](#)

[Zambo](#)

[Shop](#)

[Hallo SRF!](#)

[Über SRF](#)

[Über SRF](#)

[Jobs](#)

[SRF Apps](#)

[Korrekturen](#)

[Datenschutz](#)

[Hilfe](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

SRF Schweizer Radio und Fernsehen,
Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft

[RTS](#)

[RSI](#)

[RTR](#)

[SWI](#)

[3SAT](#)
